

Pressemitteilung

Bensheim, 3. Dezember 2020

Pressestelle

Ederstraße 12
60486 Frankfurt am Main
Telefon: 069 7947-6401
Telefax: 069 7947-996401
presse@diakonie-hessen.de
www.diakonie-hessen.de

Fachtagung zieht Bilanz bezüglich Kindeswohl in Corona-Zeiten

Die Corona-Krise trifft Kinder und Jugendliche hart – und zwar in mehrfacher Hinsicht: Sie werden nicht gehört, es gibt keine stabilen Beteiligungsstrukturen und wer in Armut aufwächst, hat oft keinen verlässlichen Zugang zur digital angebotenen Bildung. Damit sich das ändert, müssen Kinder- und Jugendrechte endlich konsequent umgesetzt werden.

Das wurde bei der heutigen digitalen Fachtagung „Und weg sind sie.“ Kinder- und Jugendrechte in Zeiten von Corona‘, zu der die Diakonie Hessen, die Hochschule Magdeburg-Stendal und die Karl Kübel Stiftung für Kind und Familie eingeladen hatten, deutlich.

„Rund 20 Prozent aller Kinder und Jugendlichen werden von den Möglichkeiten und Chancen ausgegrenzt, die in unserer Gesellschaft normal sind. Die Corona-Pandemie hat die Situation sogar noch einmal verschärft“, sagte Carsten Tag, Vorstandsvorsitzender der Diakonie Hessen, in seiner Begrüßung. Tag verwies auf das aktuelle Schwerpunktthema der Diakonie Hessen „Unerhört. Diese Kinder! Ja zu Kinder- und Jugendrechten“. Die Entwicklungschancen und Teilhabemöglichkeiten der Kinder und Jugendlichen seien stark eingeschränkt, ihre Rechte nicht voll verwirklicht. Von der ehrlichen Umsetzung ihrer Rechte hänge die Zukunft der Gesellschaft ab, so Tag weiter.

Auch Claudia Kittel, Leiterin der Monitoringstelle UN-Kinderrechtskonvention des Deutschen Instituts für Menschenrechte, wies darauf hin, dass die Umsetzung der Kinderrechte mit Beginn der Corona-Pandemie erhebliche Rückschritte erlitten habe. Weder Bund, Länder noch Gemeinden hätten die Ansichten von Kindern und Jugendlichen beachtet. „Gleichzeitig wurden schon bestehende Defizite hinsichtlich des Gewaltschutzes von Kindern, der Bekämpfung von Kinderarmut sowie des Zugangs zu Bildung für alle Kinder verstärkt sichtbar“, sagte Kittel.

Das hat auch die Studie „Krisengerechte Kinder statt kindgerechtem Krisenmanagement? Auswirkungen der Corona-Krise auf die Lebensbedingungen junger Menschen“ von Prof. Dr. Michael Klundt gezeigt. Der Kindheitswissenschaftler an der Hochschule Magdeburg-Stendal kommt darin zu dem Ergebnis, dass in der Corona-Krise in Deutschland elementare Schutz-, Fürsorge- und Beteiligungsrechte von Kindern und Jugendlichen verletzt worden sind.

Gemeinsam mit der Kinderarmuts-Expertin Gerda Holz, der Hessischen Beauftragten für Kinder- und Jugendrechte, Miriam Zeleke, und Nora Lohmiller von der Landesschülervertretung Hessen ging Kittel bei der Tagung der Frage nach, welche Konsequenzen aus den zurückliegenden Monaten zu ziehen sind und was seitens der Politik getan werden muss, damit sich die Lage für Kinder und Jugendliche in Deutschland bessert.

Miriam Zeleke betonte, dass es gerade jetzt wichtig sei, auf Kinder und Jugendliche als eigenständige Akteure und Inhaber von Rechten hinzuweisen.

Schülervertreterin Nora Lohmiller forderte u.a. mehr Unterstützung vom Land Hessen für in Armut aufwachsende Schüler*innen, denn: „Im Lockdown haben Schüler*innen, die wenig Unterstützung der Eltern und oft keine digitalen Medien zur Verfügung haben, keine Chance, mit dem Lernstoff hinterherzukommen. Diese Schüler*innen werden abgehängt.“, so Lohmiller. Durch Corona werde die Kluft der sozialen Ungleichheit verstärkt, „aber vor allem wird nun sichtbar, was seit vielen Jahren schulpolitisch ignoriert wurde.“

Mehr Unterstützung seitens der Politik forderte auch Armutsforscherin Gerda Holz. Kinder und Jugendliche stellen eine private *und* öffentliche Verantwortung dar.

„Die Krise verfestigt und verschärft für Kinder und Jugendliche die Risiken im Hier und Jetzt und vermindert so ihre Chancen im Morgen“, sagte Holz.

Während es in der Corona-Krise für viele Personengruppen Unterstützungsangebote, wie z.B. Kurzarbeitergeld oder staatliche Zuschüsse gebe, erhielten Sozialhilfeempfänger keine bedarfsgerechte Unterstützung. So seien die Leistungen für Bildung und Teilhabe, mit denen Eltern Musikunterricht oder das Mittagessen in Schulen bezahlen konnten, aufgrund der Schließung weggefallen. Diese Mittel sollten laut Holz jetzt anders für bedürftige Kinder und Jugendliche eingesetzt werden.

Nach Ansicht der Referentinnen und der Fachtagungs-Veranstalter müssen die Akteur*innen in der Politik endlich handeln, damit Kinder- und Jugendrechte in Zeiten von Corona nicht länger missachtet werden. „Wir können es uns nicht leisten, Menschen auf der Strecke zurück zu lassen, besonders nicht die Heranwachsenden“, sagte Peter Röder, Referent für Kinder- und Jugendhilfe bei der Diakonie Hessen und Mitinitiator der Ombudsstelle für Kinder- und Jugendrechte in Hessen. „Deshalb ist die Umsetzung der Kinder- und Jugendrechte so elementar wichtig.“ Damit dies gelinge, benötigten die Kinder und Jugendlichen etwa gerechte und barrierefreie Zugänge zur Bildung, Förderung und zur niederschweligen Unterstützung der besonders Benachteiligten. Positiv für die heranwachsende Generation sei es zudem, sie ehrlich und auf Augenhöhe zu beteiligen.